

Für Sicherheit am Arbeitsmarkt



Die aktuelle Situation am Arbeitsmarkt in der Region Rosenheim war Thema eines Pressegesprächs, zu dem die DGB Region Oberbayern eingeladen hatte. Hierzu begrüßte der DGB Regionsgeschäftsführer Günter Zellner gemeinsam mit der DGB Kreis- und Stadtverbandsvorsitzenden

Ingrid Meindl-Winkler Vertreter*innen von IG Metall, ver.di, IG BAU und IG BCE, um aus ihren Branchen zu berichten. Gemeinsam waren sie sich einig, die DGB Gewerkschaften schaffen Sicherheit für die Beschäftigten in der Region.

Für Christian Naß, 2. Bevollmächtigter der IG Metall Rosenheim, lag der Schwerpunkt in den letzten Wochen in den Branchen Metall, Elektro und Holzindustrie vor allem darin, die Betriebsräte zu Kurzarbeit zu beraten. In vielen Betrieben konnten dadurch Vereinbarungen zu einem höheren Kurzarbeitergeld erreicht werden. Ein weiterer Erfolg der IG Metall ist die Möglichkeit, für die Beschäftigten zwischen Geld oder Zeit zu wählen. Gerade jetzt in der Krise hat sich das als ein sinnvolles Instrument bewährt. „Es hilft, dass die Beschäftigten gut durch die Krise kommen“, so Christian Naß. Kritik äußerte er auch am Arbeitgeberverband der Metall- und Elektroindustrie, welcher versuche die aktuelle Pandemie dafür zu nutzen Sicherheit von Beschäftigten abzubauen. Naß machte deutlich, „dass dies mit der IG Metall nicht zu machen sei“ und rief die Arbeitgeber in diesen schwierigen Zeiten zu anständigen Verhandlungen auf Augenhöhe auf.

Robert Metzger, Geschäftsführer der vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), ging auf die herausragenden Leistungen der Beschäftigten in

systemrelevanten Berufen ein. Metzger betonte hierzu: „Applaus alleine bringt nichts. Jetzt müssen die Beschäftigten durch mehr Lohn und verbesserte Bedingungen die Anerkennung bekommen, die sie verdienen“.

Eine hohe Anzahl der sogenannten systemrelevanten Berufe sind im öffentlichen Dienst angesiedelt, die in den nächsten Monaten vor einer harten Tarifauseinandersetzung stehen. Aufgrund der Corona-Pandemie und der Hochgrippezeit im Herbst hatte ver.di den öffentlichen Arbeitgebern vorgeschlagen die Tarifrunde ins nächste Jahr zu verschieben. Leider wurde dies von den öffentlichen Arbeitgebern abgelehnt. Für Robert Metzger aus „rein strategischen Gründen um von der Pandemie zu profitieren“. Die entstandene gesellschaftliche Unterstützung für systemrelevanten Berufe müsse in mehr Wertschätzung der Arbeitgeber für ihre Beschäftigten münden.

Über die Situation in landwirtschaftlichen Betrieben berichtete **Thomas Ruckdäschel von der Industriegewerkschaft Bauen, Agrar und Umwelt (IG BAU)** und nahm damit auch Bezug auf die aktuellen Debatten in der Fleischindustrie: „Was wir in manchen landwirtschaftlichen Betrieben erleben ist nichts anderes, als das, was aus der Fleischindustrie bekannt ist. Der Gesetzgeber muss dringend dafür sorgen, dass das Verbot von Leiharbeit und Werkverträgen und eine deutliche Verbesserung der Unterkunftssituation auch hier greifen“. Er ging auch auf die Situation in der Bau-Branche ein, wo die Auswirkungen von Corona kaum zu spüren sind. „Die derzeitige Auftragslage ist hier sehr gut“, stellte Thomas Ruckdäschel fest. Die Beschäftigten in dieser Branche haben in den letzten Monaten auf Hochtouren durchgearbeitet und verdienen damit einen deutlichen Einkommenszuwachs bei der aktuell laufenden Tarifrunde. Ebenso setzt sich die IG BAU dafür ein, dass die Beschäftigten in der Baubranche eine Entschädigung für die Wegezeit zu den Baustellen bekommen.

Dr. Stefan Plenk von der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie und Energie (IG BCE) erklärte, dass es massive Unterschiede

der Arbeitgeber im Umgang mit der Corona-Situation gebe. Die Spanne reiche hier von sozialen Arbeitgebern, die viel Rücksicht auf die oft schwierige Situation der Beschäftigten nehmen bis hin zu Arbeitgebern, die ihren Arbeitnehmer*innen nicht mal die Schutzausrüstung zur Verfügung stellen. Die IG BCE Sorge hier zusammen mit den Betriebsräten für gute Regelungen. Ebenso forderte er, dass es von den politischen Entscheidungsträger*innen dringend geboten ist einen Schutzschirm für gefährdete Branchen aufzuspannen. Die IG BCE habe hier bereits in den letzten Monaten in unterschiedlichen Betrieben dafür gesorgt, Einschnitte für die Beschäftigten abzufedern. Stefan Plenk: „Darauf werden wir in den kommenden Monaten auch einen besonderen Schwerpunkt legen“.

Alexander Kirnberger von der katholischen Betriebsseelsorge lobte die enge Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, die in Rosenheim seit vielen Jahren praktiziert werde. Er warnte vor den sozialen Auswirkungen der Corona-Krise. Gerade bei Homeoffice und Homeschooling bestehe die Gefahr, dass die soziale Ungleichheit noch mehr zum Tragen komme und Kinder aus finanziell schwächeren Haushalten benachteiligt würden. Darüber hinaus forderte er eine Umkehr in der Gesundheitspolitik. Hier müsse zukünftig anstatt der Gewinnmaximierungsinteressen der Mensch im Mittelpunkt stehen.

Ingrid Meindl-Winkler plädierte dafür, die Arbeit von Menschen im öffentlichen und privatisierten Sektor mehr wertzuschätzen. Denn diese seien immer öfter Gewalt und Beleidigungen ausgesetzt, die von der gesamten Gesellschaft entschlossen mit Solidarität beantwortet werden müsse. Sie stellte hierzu auch die DGB Kampagne „Vergiss nie, hier arbeitet ein Mensch“ vor, die sich dafür einsetzt, dass dieser Trend beendet und umgekehrt wird. Denn den Leuten soll die Wertschätzung für ihre Arbeit zukommen, die ihnen zusteht, so Meindl-Winkler weiter.

Die **regionale Jugendsekretärin des DGB, Katharina Koper**, ging auf die Situation am Ausbildungsmarkt ein. Hier sei es

besonders wichtig, dass genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden. Gerade in Zeiten in denen nicht mal mehr jeder fünfte Betrieb ausbilde, brauche es hier neue Instrumente um für mehr Ausbildungsplätze zu sorgen. Ebenso beobachte sie besorgt, dass inzwischen jeder zweite neue Arbeitsvertrag befristet ist. Gerade jetzt in der Krise zeige sich, welche Unsicherheiten eine befristete Beschäftigung mit sich bringe, so liege auch hier ein Grund dafür, dass im Rosenheimer Raum aktuell doppelt so viele Menschen unter 25 arbeitslos gemeldet wurden als im Vorjahr. Daher sei die Bundesregierung aufgefordert Befristungen zurückzudrängen.